KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

10. – 17.02.2023

Die Europäische Kommission gibt Frankreich grünes Licht, um Wasserstoff aus Atomstrom zu gewinnen und verärgert damit Deutschland. Die Europäische Kommission hat am 13. Februar ein Regelwerk veröffentlicht, das definiert, was als „erneuerbarer" Wasserstoff eingestuft werden kann. Zuvor hatte sich Frankreich monatelang dafür eingesetzt, dass grüner Wasserstoff nicht nur aus erneuerbaren Energien, sondern auch aus kohlenstoffarmem Atomstrom gewonnen werden kann, bekannt als roter Wasserstoff. Die deutsche Bundesregierung sieht dies kritisch: „Wir haben eine klare Position", sagte eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums. „Nach unserer Meinung ist Kernkraft keine erneuerbare Energie und Wasserstoff, der mit Kernkraft hergestellt wird, kein erneuerbarer, grüner Wasserstoff." Deutschland wird sich mit dieser Position in die Diskussionen um die Überarbeitung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie einbringen. In den kommenden Wochen werden dazu Verhandlungen zwischen Mitgliedstaaten, Kommission und EU-Parlament geführt.

Emmanuel Macron hat am 15. Februar den chinesischen Außenminister Wang Yi im Elysée-Palast empfangen. Inhalt des Gesprächs war insbesondere der Ukrainekrieg und dessen Folgen sowie bilaterale Themen. Die Unterredung sei als Fortsetzung des Treffens zwischen Xi Jinping und Macron während des G-20-Gipfels in Bali zu verstehen, so der Elysée. Der Austausch mit Wang, dem Vorsitzenden der außenpolitischen Kommission der Kommunistischen Partei Chinas, diente auch der Vorbereitung von Macrons Chinabesuch. Der französische Präsident will voraussichtlich kurz vor Ostern Peking besuchen.

Élisabeth Borne sprach beim traditionellen jährlichen Abendessen des Conseil représentatif des institutions juives de France (Crif), dem Dachverband der jüdischen Organisationen Frankreichs. Premierministerin Borne erinnerte an die Deportation ihres Vaters Joseph Bornstein während der Shoah. „Unsere Pflicht ist es, dafür zu sorgen, dass sich die Geschichte nie wiederholt", so Borne.

Das Forum de l'Islam de France (Forif) hat am 16. Februar Staatspräsident Emmanuel Macron seine ersten Arbeitsergebnisse vorgestellt. Die Vertreter des Forif haben vor allen Dingen zur Frage der Umsetzung des französischen Separatismusgesetzes sowie des Berufs des Imams in Frankreich diskutiert. Forif ist eine Instanz, die im Februar 2022 auf Initiative von Innenminister Gérald Darmanin geschaffen wurde. Es gilt als Nachfolgeinstitution des von internen Kämpfen zerrütteten Conseil français du culte musulman (CFCM). Staatspräsident Emmanuel Macron bestätigte am 16. Februar, den CFCM auflösen zu wollen. Das Forum besteht aus rund 60 Mitgliedern, die größtenteils lokal engagiert sind und von den Präfekten ernannt werden (Kulturvereine, Kultvereine, religiöse Führungskräfte, Anwälte und Juristen).

Die französische Nationalversammlung lehnt den Artikel 2 des Gesetzentwurfs zur Rentenreform ab, der einen „Seniorenindex" für Unternehmen vorsieht. Ziel des Artikels ist es, die Einstellung und Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern über 55 Jahren zu fördern. Er wurde von den Abgeordneten am 14. Februar mit 256 Nein-Stimmen und 203 Ja-Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten die Oppositionskräfte NUPES und RN, aber auch 38 Abgeordnete der Républicains.

Marine Le Pen hat angekündigt, mit ihrer Fraktion einen Misstrauensantrag zur Rentenreform einreichen zu wollen. Beobachter gehen davon aus, dass Marine Le Pen, die in der derzeitigen politischen Debatte kaum präsent ist, das rechtspopulistische Lager wieder als Oppositionspartei ins Gespräch bringen will. Für die Einreichung eines Misstrauensantrags ist die Unterschrift von einem Zehntel der Mitglieder der Nationalversammlung erforderlich. Der Misstrauensantrag bedarf anschließend der absoluten Mehrheit der Mitglieder der Nationalversammlung, derzeit sind dies 289 Stimmen. Le Pen hofft, eine Reihe von Parlamentariern aus verschiedenen Oppositionsparteien für den Misstrauensantrag zu gewinnen. Im Falle der Annahme des Antrags muss Premierministerin Borne beim Staatspr den Rücktritt ihrer Regierung einreichen. Der Antrag hat allerdings wenig Aussicht auf Erfolg.

KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Am 14. Februar fand die erste Vorstandssitzung der Partei Les Républicains unter dem Vorsitz von Eric Ciotti statt. Ziel der Sitzung war es, eine gemeinsame Position mit Blick auf die Rentenreform zu entwickeln – zahlreiche interne Differenzen hatten in den letzten Tagen zu Unruhe innerhalb der Fraktion in der Nationalversammlung geführt. Eine überwältigende Mehrheit der Vorstandsmitglieder unterstützte die Linie der Parteiführung, die sich für eine Zustimmung zur Rentenreform ausspricht. Von den 72 Vorstandsmitgliedern wollen acht Vertreter sich bei der Abstimmung über den Reformtext in der Nationalversammlung enthalten, darunter der stellvertretende geschäftsführende Vorsitzende Aurélien Pradié. Seine Enthaltung blieb nicht unkommentiert. Bruno Retailleau, Fraktionsvorsitzender der Partei im Senat, betonte in einem Interview mit der Zeitung Journal de Dimanche, dass Pradié seinen Posten als Nummer 2 der Républicains aufgeben müsse, wenn er in der Nationalversammlung gegen die Rentenreform stimmen würde. Julien Aubert, stellvertretender Vorsitzender der Partei, sprach von einer „Schwächung der Partei" durch Pradiés Verhalten.

DIE ZAHL DER WOCHE

Der Zustrom minderjähriger Flüchtlinge nach Frankreich nimmt an der französisch-italienischen Grenze deutlich zu. Fast 5000 minderjährige Ausländer sind im Jahr 2022 illegal über Italien in das Département Alpes-Maritimes eingereist. Im Jahr 2014 waren es noch 174. Bisheriges Rekordjahr war 2021 mit mehr als 1000 illegalen Grenzübertritten. Der Abgeordnete des Departements Alpes-Maritimes und Parteichef der LR, Eric Ciotti ,bezeichnete den Anstieg als eine weitere Folge des „Meloni-Effekts".

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich